



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

299 (9.7.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192225](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192225)

# Mannheimer General-Anzeiger

Redaktionsbüro: In Mannheim u. Umgebung monatl. einfr. Mk. 1.50 für Prämien u. Einzahlungsbeleg Nr. 7. — Postungsbilanz Nr. 220 ohne Postgebühren. Einz. Nummern 30 Hg. Alle Preise bezogen auf den Reichsmark. — Postamt: Postfach Nr. 1700 Poststraße 1. B. u. Nr. 2917 Badweg 1. B. — Reichs-Postamt in Mannheim: Postfach: Poststraße 1. B. u. Nr. 2917 Badweg 1. B. — Abonnement: Postfach Nr. 1700 — 1702. Druck-Kosten: General-Anzeiger Mannheim.

## Badische Neueste Nachrichten

Abend-Ausgabe: Bei jeder Zeitung 1 Pfennig. — Postamt: Postfach Nr. 1700 Poststraße 1. B. u. Nr. 2917 Badweg 1. B. — Abonnement: Postfach Nr. 1700 — 1702. Druck-Kosten: General-Anzeiger Mannheim.

### Die Entente-Bedingungen angenommen.

Spa, 9. Juli. (WB.) Wie der Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros erzählt, ist die deutsche Regierung einstimmig zu dem Entschluß gekommen, die von der Entente in der gestrigen Konferenz gestellten Bedingungen in der Frage der Entlassung und der Herabsetzung der Heeresstärke anzunehmen. Die vorgeschlagenen Strafbestimmungen bei Nichterfüllung dieser Bedingungen sind jedoch eine Aenderung des Versailler Friedensvertrages, zu deren Unterzeichnung die deutsche Regierung der vorherigen Zustimmung der entscheidenden Faktoren bedarf. Man hofft, daß in der heutigen Sitzung der Konferenz eine Formel gefunden wird, welche diesem Bedenken der deutschen Regierung Rechnung trägt.

(WB.) Spa, 9. Juli. (Meldung der Agentur Havas.) Die Deutschen haben das von den Alliierten vorgeschlagene Abkommen um 11,15 Uhr vormittags unterzeichnet, nachdem sie erklärt hatten, daß keine Bestimmung des Friedensvertrages von Versailles sie zwingen würde, neue Gebietsbesetzungen sich gefallen zu lassen; es sei denn im Falle der Nichterfüllung der Wiederherstellungen.

Es ist überaus schwer, zu den Vorgängen in Spa Stellung zu nehmen. Das Kabinett hat es für richtig gefunden, die von den Alliierten gestellten Bedingungen anzunehmen. Es wird dem deutschen Volke wohl Erklärungen geben, welche Gründe es für zwingend hielt, so zu handeln. Ob sie jeden und in jedem Betracht befriedigen werden, wissen wir nicht. In Hinblick auf die allgemeine internationale Lage läßt sich wohl schon heute sagen, daß Spa kaum einen Fortschritt zu bringen vermag. Es ist kein Bemühen hervorgerufen, zu versöhnen, auszugleichen, zu mildern. Das alte bösartige Mißtrauen gegen Deutschland beherrscht weiter die Beziehungen zwischen der Entente und uns, der mitleidlose und harte Siegerwille, der Deutschland unter ständigem Druck halten will, bleibt maßgebend. Wir können in dieser Hinsicht nur wiederholen, was wir im Mittagsblatt sagten: eine unsagbare Verblendung senkt die Politik der Alliierten. Einen Ausblick auf wesentliche Milderung der europäischen Spannung gewinnen wir nicht.

Bis zum 1. Januar 1921 erst braucht die Reichswehr auf 100.000 Mann herabgesetzt zu werden. Wir müssen hoffen, daß bis zu diesem Termin die innere Ruhe und Ordnung leidlich geestigt sind. Aber mit fleißiger Sorge muß es erfüllt, daß die Einwohnerviehren und Sicherheitswehren sofort aufgelöst werden sollen. Und eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen, eine geradezu teuflische Erfindung stellt die Strafklausel dar. Durch unsere Unterschrift sollen wir unsere Zustimmung zur Besetzung weiterer deutscher Gebiete geben, wenn die Bedingungen, zu denen wir uns verpflichtet haben, nicht ganz genau ausgeführt werden. Und da hat man Formulierungen gewählt, die jederzeit die Handhabe bieten zur Ausdehnung der Besetzung. Was heißt z. B.: „wenn die Herstellung des Krieges nicht normal ihren Fortgang nimmt.“ Und ist die Regierung überhaupt in der Lage, die gestellten Bedingungen alle wirklich zu erfüllen, z. B. die Waffenablieferung. Es wird mehr gefordert, als auch der redlichste Wille leisten kann. Wenn es nicht gelingt, diese Strafklausel zu befeitigen, dann leben wir unter der ständigen Drohung weiterer Besetzungen. Der Druck der Entente wird also fortan noch schwerer als bisher auf uns lasten. Der interalliierte Überwachungsaußschuß wird noch härter und unmittelbarer in unser nationales Leben eingreifen.

Ran hofft man, daß wir für unsere Bereitwilligkeit die Bedingungen zu unterschreiben, wenigstens auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet annehmbare Zugeständnisse erlangen werden.

Wer kann es noch wagen, sich solchen Hoffnungen hinzugeben? Der Geist, der die Entwaffnungsfrage geordnet hat, der wird auch maßgebend sein für die Fragen der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung Deutschlands. Wir wollen uns also keiner Illusion hingeben, daß nun dem weiter geschwächten Deutschland, dem weiter gefestigten Deutschland irgendwelche zureichenden Zugeständnisse auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet gemacht werden würden. Auch auf diesen Gebieten wird der Grundsatz maßgebend sein, der auch die „Bedingungen“ diktiert hat: Deutschland muß dauernd am Jügel gehalten werden, damit es nicht wieder ein Gewicht in die Waagschale europäischer Entscheidungen werfen kann. Die Entente weiß natürlich, daß ein wirtschaftlich und finanziell wieder erstarkendes Deutschland auch eine neue politische Kraft gewinnen wird, die in den internationalen Spannungen sich einmal unangenehm geltend machen kann. Die Alliierten wissen, daß die Weltkriege fort dauert, und sie halten es daher für ein Gebot der Selbsterhaltung die wirtschaftliche, politische und militärische Ohnmacht Deutschland zu verewigen. Wer hofft, die deutschen Zugeständnisse in den Wehrfragen würden wesentliche Zugeständnisse der Alliierten in unseren wirtschaftlichen und finanziellen Nöten im Gefolge haben, wird verunmündlich Enttäuschungen erleben — wobei wir unter die Zugeständnisse nicht zu rechnen vermögen, wenn etwa England die deutsche Wirtschaft in Gang setzt, uns arbeitsfähig macht für seine Zwecke.

### Die Strafklausel.

Berlin, 9. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Die Ansichten an zuständiger Stelle über die Lage in Spa, gehen im wesentlichen dahin, daß unsere Delegation den Versuch machen wird, von der Erklärung der Entente das vorliegende Dokument zu trennen. Dieses gliedert sich, wie man sich erinnert, in drei Teile, der ultimative Charakter zwar nicht

in der Form, aber in dem tatsächlichen Inhalt liegt darin, daß eine Erklärung von uns in kürzester Frist verlangt wird. Der erste Teil enthält die bekannten Entwaffnungsbedingungen, der zweite Teil eine Reihe von Zugeständnissen, der dritte eine Strafklausel. Es ist anzunehmen, daß unsere Delegation nach genauer Prüfung der Sachlage die Unterschrift für die ersten Teile der verlangten Erklärung zu leisten bereit sein wird, daß sie aber versuchen wird, eine Unterschrift für die Strafklausel zu verhindern. In welcher Form dies im einzelnen geschehen wird, läßt sich von hier aus nicht sagen, wie überhaupt über die letzten Beschlüsse in Spa eine Meldung von amtlicher Seite noch nicht vorliegt. Wir sind also in der Lage, daß wir die militärischen Bedingungen unter dem fürchterlichen Zwang, der auf uns lastet, annehmen müssen. Wie schwer es der Regierung fallen wird, alle diese Bedingungen zu erfüllen — und es liegt auf der Hand, daß, wenn wir unsere Unterschrift geben, auch für eine lokale Durchführung Sorge tragen müssen — braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die Strafklausel stellt jedenfalls ein vollkommenes Novum dar, als wir uns hier mit unserer Unterschrift einverstanden erklären sollen mit der Besetzung von deutschen Gebieten, wofür in der Erklärung noch nicht einmal eine Grenze angegeben ist. Wie leicht es fallen müßte, eine Nichterhaltung irgend eines der vielen Punkte zu konstruieren und daraus die Berechtigung zur Besetzung lebenswichtiger deutscher Gebiete herzuweisen, das wissen wir aus dem bisherigen Verhalten der Entente uns gegenüber ganz genau. Auf jeden Fall dürfen wir den Männern, die mit größter Verantwortung beauftragt, unter fürchterlichem Druck sich vielleicht entschließen müssen, ihre Unterschrift unter die harten Bedingungen zu setzen, keine Vorwürfe machen, umloweniger als sie sich vergebemühen müssen, daß bei ihrer Weigerung die Verhandlungen in Spa sofort abgebrochen werden würden. Und was das für unser Vaterland bedeuten würde, braucht hier nicht noch einmal auseinanderzusetzen zu werden.

### Vertrauliche Beratungen im Hauptauschuss und Reichsrat.

Berlin, 9. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Für heute morgen 8 Uhr war der Hauptauschuss des Reichstages und der Reichsrat einberufen zu einer einfachen Beratung an der die Minister des Reiches und die Minister Preußens teilnahmen. Die Beratungen waren vertraulich. Den Vorsitz führte der Reichssozialist Abgeordnete Heimann. Zur Aussprache erhielten die Vertreter sämtlicher Parteien das Wort. Für die Reichssozialisten sprach Herrmann Müller, für die Demokraten Schiffer, für die Deutsche Volkspartei Dr. Rießer, für die Deutschnationalen Helfferich, für die Unabhängigen Crispian und später Henke. In einem Punkte über den verhandelt wurde, waren sich alle Parteien einig gewesen. Eine Entschließung wurde nicht gefaßt. Die Sitzung, welche stummweise einen erregten Verlauf nahm, endete einige Minuten vor 10 Uhr und das Ergebnis wurde sofort nach Spa weitertelegraphiert.

### Die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen.

Köln, 9. Juli. (Pr.-Tel.) Das „Köln. Tageblatt“ meldet aus Spa: Ich hatte Gelegenheit, mich mit verschiedenen Mitgliedern der deutschen Delegation über die Ausfichten zu unterhalten und erhielt den Eindruck, daß man es wahrscheinlich nicht auf einen Abbruch der Verhandlungen ankommen lassen wird, der durch die Ablehnung der Bedingungen militärischer Art unvermeidlich wäre. Man wird sich demgegenüber bemühen, eine möglichst günstige Auslegung der militärischen Klauseln zu erzielen und auf diese Weise retten, was zu retten ist. Die Antwort Deutschlands, die morgen überreicht werden wird, wird darüber Klarheit schaffen. Sie wird die Bahn frei machen für die wirtschaftlichen Beratungen, um zu sehen, welchen Charakter die in Aussicht gestellten Zugeständnisse wirtschaftlicher Art haben werden.

Berlin, 9. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir noch: Man darf annehmen, daß es zu keiner Regierungsreise kommt, und daß die Regierung die Forderungen der Entente unterschreiben wird. Es wird dabei natürlich alles auf den Geist ankommen, in dem das Abkommen ausgeführt werden wird. Wie dieser Geist beschaffen ist, und welche Stimmungen die Entente beherrscht, läßt sich von hier aus schwer beurteilen. Es scheint jedoch aber, daß die in Spa weilenden Regierungsmitglieder, aus den Verhandlungen, die hinter den Kulissen stattgefunden haben und noch immer stattfinden, das Gefühl gewonnen haben, daß mit einigen Abänderungen die Bedingungen tragbar sein werden. Daß die Reichswehr uns ein halbes Jahr in bisherigen Umfang erhalten bleiben soll, ist immerhin ein leidliches Zugeständnis. Lehten Endes entscheidend wird sein, wie es sich um die noch ausstehenden wirtschaftlichen Vereinbarungen verhält. Auch über die Entaffung der Sicherheitswehren wird man in der Folge noch zu Vereinbarungen kommen, die den ersten Eindruck der harten Forderungen in einigem Ausmaß zu lindern vermögen. Ueber alles wird noch ausführlich zu reden sein. Die Vollversammlung des Reichstages wird kaum früher wieder zusammentreten, als bei seinem Auseinandergehen am Dienstag angenommen worden war. Es wäre in jedem Falle unglücklich, wenn man die Entscheidung über die einzelnen Stadien der Verhandlungen von den Fraktionen abhängig machen wollte. Es ist Aufgabe der Regierung zu führen. Sie allein kann aus dem Willen in Spa, aus dem ganzen Geist der Verhandlungen die Entscheidung treffen, die uns nottut.

### Immer wieder der Doldstoff.

Man schreibt uns: Die Vertreter der Reichsregierung haben die größte Mühe, in Spa die notwendige Stärke unserer Wehrmacht gegen die Entente zu verfechten. Trotzdem hält der „Vorwärts“ es für geboten, in seiner Morgenausgabe vom Donnerstag, den 8. Juli (Nr. 340) folgendes zu schreiben: Der Reichswehrminister Dr. Eckler scheint nach den vorliegenden Berichten in Spa sich auf den Standpunkt zu stellen, 200.000

Wenn Reichswehr seien für Deutschland unerlässlich. Dieser Standpunkt ist nicht haltbar.

Es mußte eigentlich für jede deutsche Zeitung, gleich welcher Parteirichtung, ausgeschlossen sein, in einem solchen Augenblick der Regierung in den Rücken zu fallen. Nachdem aber die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag für die Regierung votiert hat, ist es geradezu unerhört, daß der „Vorwärts“ sich auf den Standpunkt unserer Verhandlungsgegner stellt. Trotz aller Wortgefechte mit den Unabhängigen besitzt der „Vorwärts“ in kritischen Augenblicken doch immer wieder die Charakterlosigkeit, aus Konkurrenzsucht nach der Pfeife der Herren Dittmann, Ledebour und Genossen zu tanzen.

### Der Vertrag von Versailles die Parole zu einem Weltkampf.

Amsterdam, 9. Juli. (WB.) Wie die Times aus San Francisco melden, veröffentlichte Senator Hitchcock eine Erklärung, in der er sagt, daß der Vertrag von Versailles die Parole zu einem Weltkampfe ist. Amerika müsse dagegen geschützt werden, daß seine Unabhängigkeit dadurch gefährdet werde, daß es in die europäischen Angelegenheiten hineingezogen werde. Den Times zufolge ließ Hitchcock deutlich erkennen, daß er Harding nur dann unterstützen werde, wenn dieser sich bestimmt gegen den Völkerverbund erklären werde.

### Die Auslieferung des Kaisers.

London, 9. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Bottomley fragte im Unterhause an, ob Holland Mitglied des Völkerverbundes sei und ob die englische Regierung an den Völkerverbund herantreten sei, um einen Druck auf Holland auszuüben, damit die holländische Regierung ihre Weigerung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern, aufhebe. Bonar Law bejahte die erste und verneinte die zweite Frage. Auf eine weitere Anfrage Bottomleys erwiderte Bonar Law, er glaube nicht, daß irgendwelche Vorstellungen des Völkerverbundes mehr Erfolg haben würden, als die Vorstellungen, die von den Mächten gemacht worden seien.

### Der Zusammenbruch der polnischen Front.

Warschau, 6. Juli.

(Eigener Bericht.)

Ueber Warschau liegt die ganze Stunde der Bitterdämmerung. Die „Times“ hat vor einiger Zeit den neuen Groß-Polnischen Staat einmal einen „Staat für eine Saison“ genannt. Diese Saison geht nun mit Riesenschritten ihrem Ende entgegen. Keuchere und immer Gefahren haben die Hand an Polens Gurgel gelegt. Mit bleichem Entsetzen verfolgt Warschau die täglichen Berichte von der Front und die strategischen Rückzugsbewegungen der polnischen Armee. Man hat gerade hier im Osten während des Weltkrieges hinreichend Anschauungsunterricht genossen, um richtig zwischen den Zeilen angliischer Generalsstabberichte lesen zu können. Gewiß ist der englische Ruf „Brusilow ante portas!“ noch keine Wirklichkeit von heute. Es liegen immer noch einige hundert Kilometer zwischen den schmelzenden polnischen Kampfzonen und der Hauptstadt Warschau. Aber es müßte eine ganz andere Organisationskunst und eine ganz andere Substanz der nationalen Energie vorhanden sein, als die, über die Polen tatsächlich verfügt, um aus dieser Tatsache neue Möglichkeiten schöpfen zu können, die die Kriegslage zu wenden vermöchten. Denn Polen ist ja auch innerlich schon lange krank. Es gärt im Lande, die wirtschaftliche Not, die die Regierungskunst von Warschau nicht zu bannen, sondern nur zu steigern wußte, stärkte die schon lange reichlich vorhandenen revolutionären Reigungen des Proletariats, indem Lenins Agenten willige Ohren finden. Die Lage ist so, daß die polnische Front gleichermaßen durch Brusilow von vorn und durch Lenins Kugel von hinten bedroht ist. Die Warschauer Nachtaber hoffen die aufkeimende Revolution durch die Militärdiktatur, die sie eben unter der Flagge eines „Rates der nationalen Verteidigung“ errichtet haben, niederhalten zu können. Ob es dazu nicht schon zu spät ist?

Warschau sieht heute schon am Abgrund der Politik, die es seit 1918 getrieben hat. Das war eine Politik des nackten Imperialismus. Man wollte den neuen Staat nicht auf Mäßigung und planvolle, fleißige Aufbauarbeit gründen — man glaubte im Rausch der neuen Freiheit und unterstützt von der törichtesten antirussischen und antideutschen Politik der Entente einfach von den Nachbarn nehmen zu sollen, was man zum Leben brauchte: das Kartoffelfeld von den Deutschen, die Kohlenbezirke und Industriewerke von Oberschlesien, Getreideland von der Ukraine und Sowjetrußland. Ueber dieser Raubpolitik veräurte man die Politik der inneren Befriedigung des Staates und wird nun an den Sünden, die man drinnen und draußen beging, zugrunde gehen.

Der Bankrott Polens ist der Bankrott von Versailles. Wilson und Clemenceau waren die Schrittmacher Brusilows. Was wird sein, wenn er in Warschau steht? Sowjetrußland wird dem Westen um eine Machtposition näher gerückt sein und es wird in Polen manche Hilfsmittel — namentlich für das Transportwesen — finden, die es so dringend braucht. Wenn Herr Kraffin in drei Wochen aus Moskau nach London zurückkehrt, wird er einen Trumpf mehr in der Hand haben. Dieser Trumpf ist spätestens in einem Vierteljahr eine ernste Gefahr für Deutschland.

Berlin, 9. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Wie gemeldet wird, haben die Bolschewisten an der Nordfront die polnische Linie durchbrochen. Sie haben die Beresina überschritten. In Wina ist eine unbeschreibliche Panik ausgebrochen.

### Eine russische bolschewistische Zeitung in Berlin.

Wie die Berliner russische Zeitung „Golos Rossii“ vom 6. Juli Nr. 147 berichtet, soll demnächst in Berlin eine russische Zeitung mit bolschewistischer Orientierung erscheinen. Das Blatt soll zweimal in der Woche zur Ausgabe gelangen.

### Eine baltische Staatenkonferenz.

Kowno, 9. Juli. Die litauische Regierung erhielt von der lettischen Regierung eine Einladung zur Teil-

nahme an der baltischen Staatenkonferenz, die am 10. Juli in Riga beginnen soll. Die litauische Regierung beschloß, der Einladung Folge zu leisten.

### Die Unabhängigen und ihre ausländischen Freunde.

Ganz abgesehen von der Kritik im eignen Lager hat die Politik der deutschen Unabhängigen nach den Reichstagswahlen das lebhafteste Mißfallen eines Teiles ihrer ausländischen Freunde erregt, die kein Verständnis dafür haben, daß der Radikalfaktivismus sich die ihrer Ansicht nach vorhandene Möglichkeit zur Uebernahme oder wenigstens stärksten Beeinflussung der Regierungsgewalt in Deutschland hat entgegen lassen. Der erste Kritiker dieser Art entstand den Unabhängigen in der Person des von ihnen außerordentlich hochgeschätzten Dr. Grelling, des Verfassers des berühmtesten deutschfeindlichen Pamphlets 'l'accuse', der in Florenz weilte, und seine Auffassung ausdrücklich mit der namhafter italienischer Sozialisten gleichsetzt. So schreibt er in einem von F. Bernstein im Vorwärts veröffentlichten Brief:

Wenn infolge der Befragung der U. S. P., in eine Koalitionsregierung mit der S. P. D. und zuverlässig republikanischen Einflußkreisen, vielleicht auch Gewerkschaftsteilen aus dem Zentrum einzutreten, eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, die gesungenermaßen weit nach rechts Anschlag suchen muß, wenn dadurch alle Errungenschaften der Revolution, vor allem die Republik selbst, gefährdet, die Unruhe in Deutschland in Verwirrung versetzt, das Vertrauen des Auslandes aufs äußerste erschüttert, der weltweite Ruf nach unabsehbarer Zeit geshenkt wird, so wird wohl jeder dem neuen Deutschland wohlgesinnte Politiker im Ausland — und das sind hier die Politiker aller Parteien — die Schuld an solchen neuen Katastrophen ausschließlich der gemäßigt verfahrenen Politik der U. S. P. zuschreiben.

Ganz ähnlich urteilt der Führer der belgischen Sozialisten, Camille Huysmans, in den Waller Nachrichten:

Der größte Fehler der Unabhängigen war, daß sie nach den Wahlen die Regierungsmacht aus den Händen gaben. Sie hätten ganz ruhig in eine Koalition mit den Reichstagssozialisten und den wirklich demokratisch gesinnten bürgerlichen Kreisen eintreten können. Diese Zurückhaltung vor einer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kreisen hat keinen Zweck. Deutschland befindet sich heute in einer ganz außerordentlich schwierigen Lage, in einer Lage, in welcher man wirkliche Kräfte zu einer organischen Wiederherstellung zusammenfassen muß. In solcher Lage, angefaßt durch die Krisenprobleme, kann sich Deutschland eine abenteuerliche Politik wie die der Unabhängigen nicht leisten. Es ist unmöglich in dieser Lage, daß politische Fronten, die ihre eigenen Grundsätze noch nicht verhandelt haben, sich einfach beiseite stellen.

Ein Glück für diese Kritiker, daß sie nicht der Judikatur der U.S.P.D. unterworfen sind, sonst würden sie das Schicksal zweier bekannter Parteigenossen teilen, die dieser Tage wegen ihrer öffentlich und wiederholt vorgetragenen Bedenken gegen die von den Unabhängigen beliebten Methoden mit dem Hinweis bestraft worden sind. Das eine dieser Opfer ist der einflussreiche Volksbeauftragte Heinrich Ströbel, das andere der Freund Kurt Eisners und ehemaliger Vorsitzender der unabhängigen Partei in München, Fritz Schröder. Schröders öffentliche Antwort auf diese Mahnung ist ein vernichtendes Urteil über seine Freunde von gestern, das mit den Worten schließt:

Ihr habt mich ausgezweifelt. Das ist mir eine Ehre, denn ich war seit dem Tode Eisners ein Rebell in euren Reihen wegen eurer Methoden des Wahnsinns und Verbrechens. Mein sozialistischer Schicksal ist rein. Ihr könnt ihn nicht bestrafen mit eurer Borniertheit. Ich bewundere jedoch euren moralischen Mut, mich anzuschließen. Ihr habt das Lager gewechselt.

### Die Vorbereitungen für den Linksputsch.

München, 8. Juli. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Linken zu einem neuen Schlage ausholt. Die beiden Antisozialisten Führer in München überließen sich täglich an Verhöhnung der Rechten. Die Verhaftungen der Antisozialisten Hege in München mehren sich. Diese Maßnahme wird von den Führern demütigt, um durch Massenversammlung erneut das Proletariat aufzufressen. Es ist Zeit, daran zu erinnern, daß auch Eisner seinerzeit 48 Stunden vorher auf die Minute genau in öffentlichen und geheimen Massenversammlungen die Revolution angekündigt hatte mit dem Satz: Ehe 48 Stunden vergangen sind, ist München besetzt. Man hat diesen Satz damals als Großpropaganda an-

gelesen, und doch war es nach 48 Stunden Wirklichkeit. Die Führer der Kommunisten wie der Unabhängigen predigen seit Wochen der Arbeiterschaft: Eisd gerüstet zum Einbruch! ... Den Verhaftungen der beiden Leiter der geschlossenen Versammlungen, über die der 'Bayerische Kurier' Enthüllungen zum Generalstreik gemacht hat, sind nun weitere zwei Verhaftungen gefolgt, darunter die des Dr. Schollenbruch, der während der Münchener Räterepublik Generaloberarzt bei der Roten Armee war. Die linksradikale Presse höhnt über die Verhaftungsmethoden und wettert über die bayerische 'Spiegel-Kloake'. — Daß etwas vorgeht, ist auch aus dem Appell des Führers Reutter der Metallarbeiter, mit dem beinahe alle Arbeiter der Revolution vorbereitet und gemacht hat, zu entnehmen. Er heißt die Arbeitermassen in offenen Versammlungen auf und schließt mit der Aufforderung: Arbeiter rüsten euch, bleibt wach. Der Kampf wird sich bald entscheiden. Dann geht die Morgenröte auf für uns alle!

### Falscher Kurs in Preußen.

In der preussischen Landesversammlung hat die Aussprache über den Etat zu Zusammenstößen und lärmenden Auseinandersetzungen geführt. Trotz aller mahnenden Erinnerung an die Verhandlungen in Spa ließen sich die parlamentarischen Erregung keine Fägel anlegen, zumal die sozialdemokratischen Minister und die Vertreter der Sozialdemokraten außerordentlich herausfordernd auftraten. Es ist nicht zu verwundern, daß diese Tonart die parteipolitische Erregung gelegentlich zum Uebersäumen brachte. Denn selbstverständlich war die Aussprache in der Preussischen Landesversammlung von dem Bewußtsein durchdrungen, daß die Stimmung der Wählerschaft eine ganz andere Vertretung notwendig macht, als sie augenblicklich auf Grund der Wahlen vom Jahre 1919 vorhanden ist. Der 6. Juni hat hier einen derartigen Umschwung gebracht, daß die Demokraten und Sozialdemokraten, nach dem Wahlergebnis vom 6. Juni gerechnet, keine Mehrheit mehr im Preussischen Parlament aufbringen könnten. Es ist selbstverständlich, daß diese feststehende Tatsache der Opposition die an sich gebotene Zurückhaltung nicht eben leicht macht. Und das umso weniger, als die sozialdemokratischen Minister und Redner in der Ausnutzung einer Rechtsstellung, deren Voraussetzungen nicht mehr bestehen, durch herausforderndes Benehmen zum schärfsten Widerspruch reizen. Der Minister des Innern, Herr Severing, hat eine Begünstigung auf die neue Konstellation im Reich direkt abgelehnt und der Ministerpräsident, Herr Braun, der schon als Landwirtschaftsminister sein Amt genugam in Beruf gebracht hat, ist nachträglich mit provokierender Schärfe für das Recht der Regierung eingetreten, Staatsbeamte und Angestellte zum 1. Mai zu beurlauben, obgleich die preussische Landesversammlung es abgelehnt hat, den 1. Mai als Feiertag anzuerkennen. Der sozialdemokratische Redner, Herr Heilmann, aber hat der Opposition höhnisch zugerufen: Das könnte Ihnen so passen, wenn wir jetzt Kuwahagen machen! Auf derselben Linie bewegt sich der 'Vorwärts', wenn er am Donnerstag, den 8. Juli in seiner Morgenausgabe (Nr. 340) meint, hoffentlich treffe der preussische Minister des Innern noch rechtzeitig in Spa ein, um die von dem Reichswehrminister verfertigte Sache wieder ins rechte Gleis zu bringen. Nach Ansicht des 'Vorwärts' muß also ein sozialdemokratischer Minister den Reichswehrminister in Spa torriegieren.

Ein solcher Kurs kann in Preußen nicht mehr lange weiter gesteuert werden. Daß die Sozialdemokraten mit ihm einverstanden sind, wundern uns weiter nicht, denn der Begriff der Demokratie gilt für sie trotz aller Beueuerungen auch nur so lange, wie er in ihren Kram paßt. Ihnen ist die Gesehenheit gerade noch recht, trotzdem sie längst abgewirtschaftet haben, die preussische Verwaltung völlig unter sozialdemokratischer Zwangskontrolle zu bringen. Wir steuern aber auf diese Weise immerhin Gefahren entgegen, die sich zweifellos zu einem Konflikt zuspitzen müssen, und die sich nur daraus ergeben, daß in Preußen eine Regierungskoalition aufrecht erhalten wird, die nach dem Wahlergebnis vom 6. Juni längst zusammengebrochen ist. Es liegt deshalb im vaterländischen Interesse, den Kurs in Preußen so rasch und so gründlich wie möglich auf den Regierungskurs im Reich einzustellen und der sozialdemokratischen Parteiherrschaft in Preußen ein Ende zu machen.

### Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Berlin, den 8. Juli.  
Der Ausschuh des Reichstages für die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit hat sich am Mittwoch eingehend mit dem bekannten Initiativantrag der Reichstagssozialisten beschäftigt. Da am Tage der Beratung ein Regierungsentwurf betreffend Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und ein zweiter betreffend Einführung und Stellung von Heeresanwälten (begleitend Marineanwälten) im Reichstag eingegangen war, der ohne Zweifel ohne weiteres einer Kommission überwiesen werden dürfte, wurde seitens der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen der Antrag gestellt, diese Initiative, die im wesentlichen vom dem Initiativantrag der Reichstagssozialisten abweicht, zur Grundlage der Beratung zu machen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, so daß nichts anderes übrig blieb, als dieses überaus wichtige und tief in die militärische Organisation einschneidende Gesetz in der Form des vorliegenden Initiativantrages zu behandeln. In diesem Initiativantrag sind u. a. auch Bestimmungen aufgenommen, wonach mit Veröffentlichung des Gesetzes der itrenge Arrest in Sozialfall kommen soll. An sich waren auch die Vertreter der Deutschen Volkspartei (die Abg. Brüninghaus, Heuser und u. Schod) ebenso wie die Deutschnationalen mit dem Sozialfall des itrenge Arrestes einverstanden. Sie hielten es aber für wichtig, wenn eine Materie, die wie diese in das Gebiet des Disziplinarverfahrens gehört und nicht mit der Militärgerichtsbarkeit zu tun hat, auch dort behandelt würde, wo sie hingehört, nämlich bei der Regelung der Militärstrafgerichtsbarkeit. Daher hielten sie den Antrag, die Regierung zu erjuden, unverzüglich eine entsprechende Novelle zur Militärstrafgerichtsordnung einzubringen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt.

Hoffentlich gelangt es nun in der zweiten Lesung des Gesetzes, die vielen Wünsche, die nach Auffassung der Deutschen Volkspartei dem mancher in größter Eile durchgesetzten Initiativantrag der Reichstagssozialisten anhaften, zu befriedigen. Ein Antrag Brüninghaus (D. N. P.), der von den Deutschnationalen unterstützt wurde, eine zweite Lesung in der Kommission vorzunehmen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Nach der Auffassung der Deutschen Volkspartei wäre es unter allen Umständen wünschenswert gewesen, neben der Festlegung der Bestimmungen über die Heeres- (Marine-)Anwälte, deren Schaffung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen von den Bürgerlichen beschloffen wurde, die in Aussicht genommene disziplinarische Strafgerichtsbarkeit gesetzlich zu regeln, für deren Einführung sich auch übrigen ein Vertreter der Demokraten in der Kommission aussprach. Ebenso ersieht die überholte Einführung des Gesetzes zum 1. Oktober 1920 der Sache durchaus nicht förderlich. In Betreff der Handhabung der Militärgerichtsbarkeit auf Kriegsschiffen ergaben die Verhandlungen, daß diese wegfallen sollte die Kriegsschiffe, die sich in der Heimat oder in den heimischen Gewässern befinden, dagegen aufrecht erhalten werden soll nach § 6 der Mil. Str. O. bei Kriegsschiffen, die sich zu längerem Dienst im Ausland befinden. Obwohl die Regierung und namens der Deutschen Volkspartei der Abg. Brüninghaus die vielen schädlichen und gegen diese Regelung sprechenden Gründe in einbringlichster Weise vorbrachten, vermochte sich diese Formulierung doch durchzusetzen, da sich dafür die alte Koalition eingestellt hatte und mit dieser selbstverständlich auch die Unabhängigen, die ja jede Gelegenheit wahrnehmen, um gegen die schlechte Gerichtsbarkeit, die militärische sowohl wie die zivile, Sturm zu laufen.

### Letzte Meldungen.

#### Eine französische Gesandtschaft in München.

München, 9. Juli. (Priv. Tel.) Wie die 'Münchener Neuesten Nachrichten' zuverlässig erfahren, hält Frankreich an seiner Absicht fest, in München eine Gesandtschaft zu errichten. Die Verwirklichung dieser Absicht wird wohl nicht lange mehr auf sich warten lassen. Dazu bemerkt das Blatt, es steht zweifellos fest, daß Bayern nach der Reichsverfassung kein selbständiges Staatengebilde ist und wird sich also das Verhalten der bayerischen Regierung dieser Gesandtschaft gegenüber wohl nicht anders gestalten können, als daß Bayern, das was die französische Gesandtschaft an die bayerische Regierung bringt, gemeinsam mit der Reichsregierung weiterbehandelt.

Aus dem Haag, 9. Juli. (BB.) Nach einer Berliner Meldung ist Chow Shumu Premierminister gemorden.

München, 8. Juli. (Priv. Tel.) Ein Bund der Kleinrentner wurde in München unter lebhafter Beteiligung gegründet. Aus ganz Bayern sind Neuanmeldungen gekommen.

### Das Mannheimer Nationaltheater.

#### Räddle und Wünsche.

Nachdem auf die abgelaufene Spielzeit, drängt sich mir zum Vergleich ein Bild auf, das der Kunstwelt nur bedingt entstammt, denn ich habe es vom amerikanischen Zirkus übernommen: es wurde gleichmäßig in drei Akten gearbeitet. Zum Teil mit denselben darstellenden Mitgliedern, worunter die Proben und schließlich auch die Aufführungen bisweilen zu leiden hatten. Die anspruchsvollsten Experimente dieser Art waren die Kräuflührung der Pantomime 'Der Gott und die Bajadere' und die Erstausführung der 'Prinzessin von Trapezunt' in der Hagemannschen Bearbeitung. Ueber letztere steht mir als Berichterstatter für das Schauspiel das Recht der kritischen Abwertung ihres Kunstfortschritts weniger zu; daß ich mich für die Pantomime nachdrücklich eingesetzt habe, bedauere ich auch heute noch nicht. Einmal mußte man den Spielplan doch so nehmen, wie er uns geboten wurde, und zum anderen war es mindestens interessant, Neungen einer ungewöhnlichen Schulung des Schauspielers im ausdrucksvollen Gebärdenspiel, im Gebrauch der Glieder wie in der Anpassung an den vollkommensten Rhythmus, den es überhaupt geben kann, gemessen zu sein. Da an den Namen Hagemann der Begriff Regiekunst festgebunden bleibt, so darf die Einrichtung der Pantomime als wohlgeleiteter Beweis für diese Kunst gerühmt werden. Als anspruchsvoller und allerdings die Anforderungen zu 'Eine Nacht in Venedig' und zu 'Palesina' zu bezeichnen, deren Erfolge bei den verschiedenen Gruppen der Theaterbesucher noch länger Zeit nachwirken und uns den Verlust Hagemanns schon noch fühlbar machen werden.

In der gleichen Manege arbeitet, gewissermaßen als Gastregisseur, diesmal Dr. Wendhausen. Zweimal leistete ich ihm beinahegestohlenen Beifall. 'Rach Demastus', das er mit Heinz W. B. B. B. herausbrachte, und das Regenspieler 'Der verlorene Sohn' sind traglos unter Jochen zu buchen. Wir dürfen allerdings nichts von gebildeten Kritiker Heins Gretes verpassen. Der dritten Wendhausen'schen Inszenierung großen Stils, die ich erste in einer der letzten Wiederholungen kennen lernte, muß ich die Anerkennung jedoch verweigern und zwar des Stils wegen, dessen hinterhältig und technische Werte die augencheinliche Mängel weitwegs rechtfertigen. 'Dantons Tod' gehört zu den Abenden, deren Besuch ich bedauere, deren Verlust ich beklage. Und mit dieser Auffassung stehe ich nicht allein da.

Im übrigen hätte Wendhausen sein eigenes Täuschungsfeld, wo man ihn unangenehm schaffen ließ. Einmal gab es zwar Theaterhandel mit Rücksicht der Deffektivität, aber der 'Herzenshahn' wurde schließlich doch aufgeführt, und später kam auch noch 'Kaisers Braut' hinzu, ohne daß wir wirklich wüßten, warum an der Zahl 3 so hartnäckig festgehalten werden muß. In der Manege nebenan hatte nämlich in bedauerlicher Verlesung literarischer Qualitäten als einer der ersten der Intendant selber Red gegeben: mit 'Palles 'Horizonte' und 'Ran' ist dieses Stück gerade auf der Bühne gespielt worden, die den Namen Schauspielers leit der Rindheit des Theaters führt, in der letzten Spielzeit unseres Nationaltheaters, aber immer weniger zu ihrem Recht gekommen ist. In der Zeit vom September 1919 bis Juli 1920 wechselten hier die Spielleiter ab. Den Anfang machte Oberregisseur Wende-

hausen mit einer viel zu wenig straffen 'Camont'-Inszenierung. Glücklich war Heinz W. B. B. mit einer Reinszenierung der 'Jugend'. Ihn waren auch die 'Drei Willings' anerkannt worden, die uns Ludwig Schmitt unvergänglich machten. Auf heftigen Widerstand stieß die erste Inszenierung Richard Gells. Die 'Mischbrüder' Fontanas brachten einen Mißerfolg, der sich nicht fortgerieren ließ. Ueber 'Waldgans' 'Armut', von B. B. B. geleitet, war der Abend bald vergessen. Mit der 'Nähen von Toledo' war Gell wieder rehabilitiert. In der Weihnachtszeit wurde B. B. B. durch das Räddelspiel 'Das neue Spiel' sehr populär. Ueber Gells Reinszenierung von 'Ernst' gingen die Ansichten auseinander. Die Hagemann'sche Wäde-Auffassung hat unbedeutend den Vorzug. Ueber den 'Biedermeier-Abend' möchte ich am liebsten schweigen. Zur einen Hälfte war er in Anlehnung an eine Vormittagsaufführung — nicht neu und zur anderen Hälfte ein bißchen arbeitslos. Von der 'Braut von Messina' im Rabelmannssoal haben wir uns irrtümlich zu viel versprochen. Die Uebersetzung lohnte sich nicht. Den wunderschönen 'Hannale' Abend durch Rabudus 'Lotengraber' zu beehren, hätte sich Wendhausen doch überlegen sollen. Eine Dame hinter mir meinte, wenn sie einen Satz lesen wollte, so brauche sie nicht ins Theater zu gehen. Damit sie nicht unrecht hatte. 'Mavisio' ist ein Mangel an Proben. Die erste Aufführung war die Generalprobe. Von da an ging es besser. Wir standen im März und hatten schon einige Male Veranlassung gehabt, verächtlich zu sein. Das Verlangen nach einem harten Bühnensindruß ohne unangenehmen Beischnack wurde immer stärker und war berechtigt. Wilhelm Komar brachte ihn uns mit einer sorgfältigen Erstausführung von 'Sabbat' 'Rindertag' ab. Gell's Arbeit mit Jacobs 'Bacchus' und 'Sonnensets' war gelingen, doch weniger dankbar. Er mußte die Anzahl seiner Stücke vermindern, die dank einigen Paraderollen vor der son- und langlosen Beerdigung dem bleiben. Sein großes Können bewies Gell mit seiner vorbildlichen Inszenierung von 'Sabbat' 'Sturm'. Es war der erfolgreiche Abschiedsabend dieses Spielleiters. Von dem Schlußstück 'Der junge Schiller' abgesehen, gehörten die Vormittagsaufführungen zu jenen Leistungen des Nationaltheaters, an denen wir ausschließlich Freude erleben. Vortrag und theatralische Interpretation ergänzten sich insofern in den Rabudus und Rabudus erdachten Rollen. Eine Stunde voll erster Fröhlichkeit war der Trauereffekt für Richard Dehmel. Eine literaturgeschichtlich fällige Darbietung verdankten wir der theatralisch-wissenschaftlichen Abteilung des germanischen Seminars der Frankfurter Universität, die uns den Hamlet der Wandertruppen vorstellte.

Den größten Julauf unter den Vormittagsaufführungen hatte die aus dem nicht erfüllten Teil des Repertoires der Spielzeit 1918/19 übernommene 'Kathine'. Die Entdeckung des Gesellschaftsstaates, eine typisch Hagemann'sche Veranstaltung. Gräßlich, was Hagemann in die Hand nimmt und wieder aus der Hand gibt. Im desentwässelten mußten wir uns letzten Endes doch immer wieder für unseren Intendanten entscheiden, so oft wir auch Gelegenheiten hatten, mißbilligend über gar verführerische Käse zu schütten. Wie 1 zu 1 steht es hier gegenüber: Hagemann war ein großer Gebel der Ermöglichung dieser prinzipialen Scheinung einen freieren Mann für das Mannheimer Theater; Hagemann hat aber das Theater im eigentlichen Sinne doch niemals gepflegt. Wir dürfen

Besichtspunkt festhalten, weil Mannheim nur ein Theater besitzt. Oper und Schauspiel also gleichmäßig gepflegt werden sollten. Die Führung dieser beiden Spielarten, die in der obgenannten Spielzeit bis zu einer Verwischung der Scheidungslinie führte — davon will ich gar nicht sprechen, daß Hagemann es hingehen ließ, daß manche Repertoireoper einfach nur so heruntergespielt wurde — habe ich bereits angedeutet, und sie soll auch nur angedeutet bleiben. Carl Hagemann verläßt uns. Er ist ein theoretisch viel zu erfahrener Künstler, um seine letzten Fehler nicht selbst zu kennen, die er aber unberücksichtigt lassen mußte, wo es galt, neue Ideen in die Tat umzusetzen. So haben wir unter Hagemann vielleicht mehr eine Zeit von Proben aus Fremdel als ein Theater gehabt. Wir hatten dadurch vor anderen Städten zwar manches voraus; die Willigkeit und Reichhaltigkeit des Spielplans bei dramatischer oder ohne Frage gelitten. Wir brauchen das Wirkungsgebiet eines Theaterleiters jedoch nicht so eng abzugrenzen; wir müssen auch jener Eigenschaften und Leistungen gedenken, die ihre Bedeutung für die Bühnenkunst überhaupt haben. Damit seien im Hinblick auf Carl Hagemann weniger seine Fachschriften zur Regie, wie Schauspielkunst gemeint als seine Erfolge am lebendigen Material. Hagemann hat das richtige Auge für die Entdeckungsmöglichkeiten eines Künstlers, und seine Regieprobleme sind fast immer gelöst, die er schrygischen Darstellern hinhielt. Was ihm dagegen fern zu liegen scheint, ist das handwerkliche, der klassische Komödiantengeist, ein retardierendes Moment in der modernen Bühnenkunst, unbedingt erforderlich für Werke, in denen die Entwicklungslinie des deutschen Dramas zu spüren ist. Hier hat Hagemann nur selten selbst Hand angelegt, sondern seine Regisseure mehr oder weniger frei schalten und walten lassen. Für die Stellung Hagemanns innerhalb der Oper bedarf diese Charakterisierung kaum einer Umzeichnung. Die 'Prinzessin von Trapezunt' zum Beispiel ist in der Hagemann'schen Bearbeitung und Besetzung nicht mehr die 'Prinzessin von Trapezunt'; und wollen wir an Werke denken, mit denen uns der Intendant erst bekannt gemacht hat, so läßt auch die Wohl dieser Opern (wie 'Schahzade' und 'Amor und Psyche') Hagemann als Mann der künstlerischen Wäde erkennen.

Doch wie gesagt, das für mag stärker sein als das Wider und zwar um der jeter Anspannung willen, die dem Mannheimer Nationaltheater Reichsregierung sicherte. Wir bestehen jedoch keineswegs darauf, daß diese Zeit auch fernreich in Bestand haben soll, sondern wie würden es gern sehen, wenn es dem neuen Intendanten gelang, das Ansehen unseres Theaters durch die Wäde eines abwechslungsreichen Spielplans hochgehoben, der keiner Strömung Rechnung trägt, sondern nur die Tradition des Theaters, eine gesunde Bildungsbildung zu sein, auf der Kunst stützende Kraft bedeutet, in Ehren hält. Wir wünschen ferner, daß dem neuen Intendanten sein schwieriges Amt durch keinerlei Vorurteile erschwert werden möge, daß der Theatermann unserer Stadt auch in der kommenden Spielzeit reger bleibe und der Widerstand gegen Wäde wider eichtige Empfindung — sollte es doch sein — beutlicher hervortrete. Damit ist nicht etwa eine Aufforderung zum Theaterhandel erteilt, sondern im Gegenteil der Weg angedeutet, wie solche Empfindungen werden können. Anzumerken ist Gell'sche Arbeit — im Verein des kritischen Gebärden fehlt der Raum für Konstruktive. Alfred Roderer.

### Aus Stadt und Land.

#### Preisabbau.

Zwecks Förderung des Preisabbaues fanden, so wird uns bekanntlich gemeldet, im alten Rathausloft unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Walli zwei eingehende Besprechungen statt, bei welchen vertreten waren: der Stadtrat, das Preisprüfungsamt, die Preisprüfungsstelle, das Lebensmittelamt, das Bezirksamt, die Erzeuger, Großhändler, Kleinhändler, Gewerkschaften, Angestellte, Beamten und die Hausfrauen; außerdem waren zwei Vertreter der Stadtverwaltung Ludwigshafen anwesend. Zunächst wurden die Obst- und Gemüsepreise behandelt. Einige Mitglieder der Preisprüfungsstelle hatten bereits in früherer Morgenstunde unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern für den Marktoerkehr neue Preise festgelegt, die am alten Rathaus angeschlagen und sofort in Kraft gesetzt wurden; dieselben Mitglieder der Preisprüfungsstelle ebenso wie die Arbeitervertreter hatten auch sofort die Preiskontrolle durchgeführt und zwar mit recht gutem Erfolg. In der gemeinschaftlichen Sitzung wurden alsdann für die nächste Woche Obst- und Gemüsepreise festgelegt, die vom Preisprüfungsamt in den hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht und am alten Rathaus, sowie an den Nebenmärkten angeschlagen werden sollen. Diese Preise müssen auch in den Läden, ferner von den Straßenhändlern eingehalten werden. Erzeuger, Händler und Verbraucher werden dringend ersucht, die Preise nicht zu überschreiten.

An der weiteren Aussprache erklärten die Vertreter des Einzelhandels ihre volle Bereitwilligkeit, an dem Preisabbau mitzuwirken. Vom Obst-, Wirt- und Strichwarenhandel seien die Preise bereits um 10 bis 50 vom Hundert ermäßigt worden, um der nachteiligen Verbilligung des Einkaufs wieder zu ermöglichen. Die Zahl der bedeutend verbilligten Waren werde nimmer noch vergrößert werden. Die Preise für die Schuhwaren seien gegenüber den frühesten höchsten Preisen bereits bis zu 65 Proz. herabgesetzt worden; die Vertreter der Schuhwarenhändler erklärten sich bereit, die Stapelware weiter zu verbilligen. Es wurde allgemein anerkannt, daß der Kleinhandel damit ein bedeutendes Opfer bringe, der Preisabbau müsse in erster Linie beim Produzenten einsetzen; verlangt man zuviel vom Kleinhandel, so gehe er unrettbar dem vollständigen Ruin entgegen. Andererseits wurde jedoch darauf hingewiesen, daß dessen ungeachtet der allgemeine Preisabbau durchgeführt werden müsse. Die ganze Bevölkerung verlange ihn dringend. Auch die Stadtverwaltung ist beschloß dazu überzugehen, unter Übernahme großer Verluste ihre Bestände an Fett, Mehl, Mehlwaren, Hülsenfrüchten usw. zu wesentlich verbilligten Preisen den hiesigen Verbrauchern zuzuführen. Alle Beteiligten haben hierin nach den ernstlichen Willen befunden, das allgemeine Preisniveau und damit die Kosten der Lebenshaltung auf ein erträgliches Maß herabzubringen. Diese gemeinsamen Besprechungen sollen bis auf weiteres regelmäßig stattfinden. St. R. A.

#### Heber Steuerfragen

Späht gestern Abend auf Veranlassung des Hausfrauenbundes Herr Rechtsanwalt Dr. Ward in überaus knapper Weise. Bei den Hausangehörigen — eine Angelegenheit, die die Anwesenden besonders interessierte — ist es nach dem neuen, erst dieser Tage geänderten Stand des Reichstages zum Steuerabzug so, daß vorläufig nur 10% vom Vorbezug durch die Hausfrau für Steuer zurückgehalten werden müssen, während bisher vorgesehen war, den Naturalbezug der Hausangehörigen nicht in den einzelnen Städten zu ermittelnden Satz (wie bei der sozialen Versicherung), der sich zwischen 2000—3000 Mark bewegen dürfte, mitanzuschlagen. Bei den Hausangehörigen ist es so, daß auch bei ihnen ein Einkommen von 1500 Mark für sie selbst und je 500 Mark für ein von ihnen zu unterhaltendes Familienmitglied, steuerfrei bleiben. Der Stand ist also gegenüberig so, daß nur 10% vom gesamten Vorbezug abgezogen und in Steuermarken durch die Aufsicht des Darums zu entnehmen sind, angelegt werden müssen, also z. B. bei 80 Mark = 8 Mark monatlich. Die Kaufkraft zeigt, daß es in der Praxis vielfach so ist, daß die Hausfrau, die ihrer Angehörigen nicht mehr als 80 Mark monatlich zuzuschütten, durch Vorbeziehung einen Teil oder die ganze Steuerentlastung der Angehörigen anspricht. Zur Steuerentlastung gesetzlich verpflichtet ist nicht die Hausfrau, sondern die Angehörige, die Hausfrau bestet aber mit und deshalb muß sie, auch wenn die Angehörige noch keine Steuerkarte besaß, hat, auch die Steuermarken kaufen und sie entgegen. Bei Waisen und Waisenfrauen, Schneiderinnen u. dergl. Arbeitnehmer, die wohnortsgemäß gegen Lohn arbeiten, ist es so zu handhaben, daß jeweils 5 Mark vom Lohnsteuerbetrag steuerfrei bleiben und daß die Hausfrau verhältnismäßig ist, von dem dann noch verbleibenden Betrag 10% zurückhalten und eine Steuerkarte in der entsprechenden Höhe in die Steuerkarte der Arbeitnehmerin, die diese jeweils mitzubringen hat, einzuflechten. Wenn also eine solche Arbeitnehmerin 10 Mark erhält, so hat die Hausfrau jeden Arbeitstag 50 Pfennig zurückzuhalten und die Karte einzuflechten. Bei den neuen Steuern ist die Absicht des Gesetzgebers unverkennbar: es wird der Wert der produktiven Arbeit gegenüber dem überkommenen Vermögen in den Vordergrund gerückt. Der Bildung großer Vermögen ist vorgebeugt und es wird hinfort nicht mehr möglich sein, daß einer sagt: ich habe nicht nötig, zu arbeiten. Dr. Ward würde für seine Ausführungen lebhaft dankt.

Anderer Hausfrauenfragen beschäftigten dann noch die Ertragssteuern. Bezüglich der Einkommensteuer wurde wieder das alte Lied von dem Fehlen des Einkommens und der Veranlassung der Einkommensteuererhebung gesungen. Bezüglich der jetzt viel mehr übergelassenen Grunderwerbsteuer wurde betont, daß der Handel an Kaufkraft für die Grunderwerbsteuer in ihrer schlichten Befreiung bei hohen Preisen zu suchen sei. Es soll bei der Stadtverwaltung darauf gedrungen werden, daß die saure Vollmacht von höherem Preise abgegeben wird. — Am Montag findet eine Besprechung der Mannheimer Reichzentrale durch Mitglieder des Hausfrauenbundes statt. pp.

#### Mannheimer Kinderhilfe-Woche.

##### Nachtheater und Festsabereit.

Für das Nachtheater der „Freien Volkshilfe“ am Samstag, nachts 11 Uhr, im Mannheimer Künstlertheater „Apollo“ macht sich ein starkes Interesse bemerkbar. Es sind noch Plätze zum Einzelpreis von 2.— in verschlossenen Kuponen im Theaterbüro und im Mannheimer Lusthaus erhältlich.

Die Samstag Nacht in den oberen Räumen als Uchluß der Kinderhilfe-Woche um 12 Uhr beginnende Festvorstellung dürfte eine ganz besondere Jungtraut ausüben. Leiter ist Herr Alex Käfer vom Nationaltheater. Mitwirkende sind: Fr. J. Pore Busch, Herr Max Gründberg vom Nationaltheater, Frau Wilma Cont, Fr. Fritz Sapp, Herr Hermann Feiner vom Künstlertheater, die Sterne deutscher Vortragskunst Frau Thea Degen und Herr Theo Körner vom Kabarett Kumpelmayer und Herr Albert Walter vom Stadttheater Frankfurt a. O. Ober, außerdem als Gasts Fr. Regina Rosen, die als Vorkämpferin der ersten Aufführung des Schwarzwaldniedels noch in guter Erinnerung ist. Am Fingel sitzen Herr Siegfried Schulz, Komponist der „Frau im Dunkeln“, und Herr Walter Mannheim. Die Musik steht unter Leitung des Herrn Konzertmeisters Eugen Wilken vom Kabarett Kumpelmayer.

Verlegt wurden Polizeiberichtsmittler August Jäger, die Bezirksamt Forstheim unter Ernennung zum Polizeiamtlicher zum Bezirksamt Karlsruhe, Polizeiamtlicher Wilhelm Schalle beim Bezirksamt Konstanz unter Ernennung zum Polizeiamtlicher zum Bezirksamt Mannheim und der einjährige Polizeiamtlicher Karl Ziegler beim Bezirksamt Forstheim unter Ernennung zum Polizeiamtlicher zum Bezirksamt Karlsruhe.

Coang. Jugendfest in Mannheim. Der Badische Jugend-Bundesverband coang. Jugendvereine, hält am 24., 25. und 26. Juli hier seine Tagung ab. Bisher den 27. Mannheimer coang. Jugend- und Jungmädchenvereine wird noch eine ganze Reihe weiterer Vereine an diesem Fest teilnehmen. Die coang. Jugendfest ist heute schon auf dieses Fest aufmerksam gemacht. Aus dem Festprogramm geht hervor, daß am 25. Juli, mittags 8 Uhr, in der Festhalle ein Jugendfest stattfinden soll.

bei dem Pfarrer Wincke. Heidelberg die Festpredigt hält. Am Abend findet im Rabelsaal eine große coang. Jugendfeier statt. In sportlicher Begeisterung wird die Jugend ihr Können bei den lehrreichen Wettkämpfen, die am 25. Juli auf dem Rhön-Sportplatz stattfinden, und bei den Fußballwettkämpfen am Montag, den 26. Juli, auf dem Rhön-Sportplatz zeigen. Von der coang. Gemeinde wird rege Beteiligung bei diesen Veranstaltungen erwartet.

Zur Aufführung! Dem Obmann der Lazarettinoffen Mannheims werden wir um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: Bei der Einwohnerschaft Mannheims besteht immer noch die Meinung, daß das Garnisons-Lazarett in F 6 mit Geschlechtskranken und Angehörigen der Reichswehr besetzt sei. Diesen Gerüchten müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegenreten, denn wir sind Angehörige des alten Heeres, die wegen ihrer sich im Kriege 1914—18 zugezogenen Verwundungen und Entkräftungen noch immer im Lazarett liegen.

Das Fest der Ältern Hochzeit feiert am kommenden Sonntag der langjährige Herausgeber des im Verlage der Mannheimer Vereinsdruckerei (A. Bensheimer) erscheinenden „Allgemeinen Anzeigers für Brauereien, Mälzereien und Hopfenbau“, Herr Adolf Bohmann, mit seiner Gattin Emilie, geb. Henrich. Herr Bohmann, einer der Ältesten Beamten des Verlagsbundes A. Bensheimer, ist seit dem Jahre 1885, also seit nunmehr 35 Jahren, ununterbrochen daselbst tätig.

#### Polizeibericht vom 9. Juli.

Beim Kahnfahren ertrunken. Am 8. ds. Mts., mittags gegen 1 Uhr, kippte die Gondel Nr. 33 einer hiesigen Bootverleihanstalt etwa 100 Meter oberhalb der Friedrichsbrücke auf der rechten Reckarstele um. Die Anstalt, ein bis jetzt noch unbekanntes Mädchen im Alter von etwa 18 bis 20 Jahren, fiel in das Wasser; es verlor lautlos in den Wellen und ertrank. Die Leiche der Unbekannten konnte bis jetzt nicht geborgen werden. Sie trug weiße, gestreifte Bluse, Mäulchen Rock und Strümpfe. Um löbliche Mitteilungen über die Persönlichkeit der Ertrunkenen ersucht die Schutzmannschaft.

Selbstmordversuch. Aus Lebensüberdruß suchte sich am 7. ds. Mts., nachmittags in einem Hause in der Heinrichs-Baustraße eine 23 Jahre alte ledige Stütze durch Einatmen von Benzolgas das Leben zu nehmen. Sie wurde im bewußlosen Zustande mit dem Sanitätsautomobil in das Allgem. Krankenhaus überführt.

Schwerer Unglücksfall. Am 8. ds. Mts., nachts der 28 Jahre alte Heizer Konrad Keil von Rheinau an der Kreuzung der Redarauer- und Friedrichsstraße in Redarau auf einen nach der Rheinau fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 7 aufspringen wollte, kam er zu Fall. Dabei wurden ihm durch den Anhängenwagen beide Beine oberhalb der Knöchel überfahren und abgedrückt. Der Schwerverletzte wurde in das Allg. Krankenhaus hierher eingeliefert.

Körperverletzung. Gestern nachmittags warf ein bestruener Packer von hier seine 8 Jahre alte Tochter im Hofe S. 6. 90, wobei seine Ehefrau mit ihren Kindern nach vorausgegangenem Ehestreit verletzt war, mit solcher Wucht auf den Zementboden, daß dem Kind das Blut aus dem rechten Ohre drann. Anzeige wegen Körperverletzung ist erstattet.

Räuberband. Auf noch unaufgeklärte Weise brach gestern früh in einer Küche des Hauses Selterstraße 5 Feuer aus, welches von Hausbewohnern wieder gelöscht werden konnte. Der Schaden ist unerschätzlich.

Verhaftet wurden 11 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter ein vom Amtsgericht Oppingen wegen Diebstahls verurteilter Tagelöhner von hier, ein von der Staatsanwaltschaft Heilbronn wegen Diebstahls ausgereicherter Dreher von Hosiach und eine Kellnerin von hier wegen Unterschlagung.

#### Aus Ludwigshafen.

Aus der Stadtratssitzung. Die Bodeninhaber, denen im Februar ds. Js. bei der Rasendemonstration gegen die Lebensmittelsteuerung nach Entschlagen der Schaufenster die Boden und Läger ausgeplündert wurden, haben bei der Stadt ihre Schadenersatzansprüche eingereicht. Als Entschädigungsumme wurden 325 592 Mk. verlangt, in welcher Summe der große Schaden, den besonders das Lebensmittelgeschäft Soos erlitten hatte, noch nicht einbezogen ist. Mit Rücksicht auf die rechtlichen Konsequenzen ist die Stadt verpflichtet,  $\frac{1}{3}$  des Schadens zu tragen, während  $\frac{2}{3}$  vom Reich und  $\frac{1}{3}$  vom Land übernommen werden sollen. Nachdem die Landesbehörde mit Rücksicht auf den erlittenen Schaden auf solche Ausschüttung der Entschädigungssumme drängen, wird nach einem Vorschlag des Bürgermeisters beschloßen, 80 Proz. der Entschädigungssumme sofort vorzuschießen und auszusparen. Die restlichen 20 Prozent werden ausbezahlt werden, sobald die nötige Arbeit wegen Beteiligung des Reiches und des Staats besteht. — Um zu verhindern, daß in den inneren Stadtteilen Fabrikbetriebe oder sonstige gewerbliche Anlagen errichtet werden, die eine Belästigung der Nachbarschaft bilden, werden besondere ortspolizeiliche Vorschriften erlassen. — Für die Trockenanlage bei der städt. Ziegellei, für die bereits ein Voranschlag von 200 000 Mk. bewilligt wurde, wurde ein weiterer Zuschuß von 188 000 Mk. genehmigt. Diese Zuschüsse werden später von dem Ziegelleibetrieb, der selbstständig arbeitet, wieder an die städt. Haushaltung zurückgeführt. — Für das Kinderferienheim in Ramfen werden zur Anschaffung von zwei Mischküchen 12 800 Mk. bewilligt, ebenso wurden weitere Mittel für die zeitweise Unterbringung unterrichteter und der Erholung bedürftiger Kinder genehmigt. Einem Vorschlag des Vorstehers, der Einführung der Schulzahnpflege und der Heranziehung des Kinos zum Aufklärungsunterricht in nächster Zeit näher zu treten, wurde ebenfalls zugestimmt und wird die in Frage kommenden Ausschüsse noch näher beschäftigt. Da die Zeit schon ziemlich vorgeschritten war, wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung auf die nächste Sitzung verschoben.

#### Tagung der pfälzischen Metzger.

In Neußdorf a. S. 7. Juli. Der Bezirksverein Rheinpfalz im Deutschen Fleischerverband hielt heute nachmittags im großen Saale des Saalbauers, der bis auf den letzten Platz gefüllt wurde, seinen diesjährigen Bezirkstag ab. Der seit wenig Jahren den Verband leitende Vorsitzende, Obermeister Riehmann, begrüßte die Versammlung, worauf der Jahresbericht zur Verlesung gelangte. Diesem entnehmen wir, daß neu in den Bezirksverein eingetreten sind die Innungen Germersheim, Kirchheimbolanden, Baldmohr und Kaiserlautern-Land. Ausgeschlossen ist Homburg infolge Zuteilung zum Saarstaat. In verschiedenen Eingaben an die Regierung wurde die Bitte ausgesprochen, den Verkauf von Schlachtwild den Metzgermeistern zu übertragen. Weder diese noch andere Eingaben im Interesse des Berufes hatten einen Erfolg. Alle Verfügungen, die getroffen wurden, seien drückend und schädigend für das Fleischer-gewerbe gewesen, das einen stetigen Niedergang des Geschäftes zu verzeichnen hatte. Die wichtigste Frage, die auf der Tagesordnung der heutigen Versammlung stand, war die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Hierbei referierte der erste Vorsitzende, Herr Riehmann-Rußdorf. Mit der Nationalierung des Fleisches, so führte er aus, sei nur erreicht worden, daß auf der einen Seite die Allgemeinheit alle Wochen oder Monate kleine Portionen Fleisch bekomme, während auf der anderen Seite diejenigen, die das Geld dazu hatten, auf dem Wege des Schleichhandels Fleisch erhalten konnten, soweit sie wollten. Schuld an diesen Zuständen sei der Umstand, daß man es veräumt habe, zu der Fleischwirtschaft die geeigneten Fachmänner heranzuziehen. Bei den Metzger- und Behälterprüfungen im Fleischer-gewerbe sei immer besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß die Prüflinge es verstehen, das Tier auf seinen Wert nach Qualität und Quantität richtig einzuschätzen. Diese Fachkenntnisse aber hätten weder die Fleischverforgungsstelle in Mannheim, noch die Kommunalverbände zu wählenden genutzt, denn man habe die Metzger beim Schlachthausverkauf ausgegallert und statt dessen besondere Auffäufer angestellt, die man aus allen möglichen Berufen nahm, aus dem erlosenen Stände der Schneider und Schneider (Zuruf: Fogar Judthausler hat man als Auffäufer angestellt). Was die Schwartzfleischungen betreffe, so dürfe man nicht vergessen, daß bei Ausbruch des Krieges man dem Metzger seinen Beruf einfach aus der Hand genommen habe und daß die Verhinderungen, die an den Metz-

ger herantraten, schwarz zu schlachten, deshalb um so leichter Erfolg hatten. Auch Ortsverstände seien nicht davon zurückgekehrt, dem Metzger das Vieh zum Schwarzschlachten zu stellen. Den Beamten, die mit der Nationalierung des Fleisches sich zu befassen hatten, habe das Schwarzgeschlachtete Fleisch auch gut geschmeckt, ohne daß es irgend welcher Fleischbeimischung unterworfen wurde. Man dürfe also, wenn man die Schwarzschlachterei perennelle, nicht den Metzger als den Hauptschuldigen anfeinden. Krieg und Revolution hätten eben demoralisierend auf das ganze Volk eingewirkt und schließlich könne niemand von Gesetzesparagrafen leben. Redner kommt zum Schluß, daß der Abbau der Zwangswirtschaft und die Freigabe des Viehaufkaufs gefordert werden müsse. Er schlägt eine diesbezügliche Entschlie- hung vor, in welcher diese Forderung kurz begründet wird. Bemerkenswert sei noch, daß Herr Riehmann auch auf die Gefahren hinwies, welche eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft nach sich ziehen könnte.

In der sich anschließenden Debatte forderte Obermeister B. L. L. aus Speyer die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Nur so könne unsere Volkswirtschaft wieder gefunden werden. Herr Ziegler-Berggöben ist der Ansicht, daß weder die Behörden, noch die Landwirtschaft, noch der Handel ihre Schuldigkeit getan hätten, um Schleichhandel und Schwarzschlachterei genügend zu bekämpfen. Metzgermeister Markert aus Kaiserlautern wendet sich mit scharfen Worten gegen den Tierguchtsinspektor Rabus aus Kaiserlautern, dessen Geschäftsführung er kritisiert. Herr Siegfried-Lustig empfiehlt ein einseitiges Vorgehen: Entweder Freigabe der Schlachtung oder wir schlachten ohne Erlaubnis. Herr Kupfer-Annweiler schlägt vor, an die Regierung das Ultimatum zu stellen: Entweder Aufhebung der Zwangswirtschaft bis 1. August oder wir schlachten alle miteinander frei. Stadtrat Busch-Ludwigshafen macht auf die Gefahren des Freischlachtens aufmerksam. Schließlich wird eine Entschliehung einstimmig angenommen, in welcher das von Kupfer-Annweiler beantragte Ultimatum an die Regierung enthalten ist. Nachdem noch der Anschluß an die Hauptausstellung in Mannheim besprochen, Herr Obermeister Riehmann wieder zum Bezirksvorsitzenden gewählt und der Metzger auf 6 Mark erhöht worden war, wurde die Versammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen.

#### Aus dem Lande.

Heidelberg, 9. Juli. (Reichs-Tele.) Bei einem Gewitter, das gestern nachmittags im Neckartal mit starkem Hagelschlag aufgetreten war, wurde der Schiffer Georg Schmidt von Redar-einloch während einer Nachtschicht auf dem Neckar, unweit von Heidelberg, vom Blitz erschlagen und in den Neckar geschleudert. Sein Sohn war ihm nachgesprungen, um ihn zu retten, was ihm aber nicht gelang. Die Leiche wurde am Abend geborgen. — Gestern starb im hiesigen akademischen Krankenhaus der Bahnarbeiter Philipp Ulrich aus Altheim, der sich beim Ausräumen seines Hühnerstalles schwere Brandwunden zugezogen hatte. — Heute morgen wurde auf der Rühlerstraße der Metzgerhändler Gottlieb Seebold aus dem Stadteil Neuenheim von einem Herdenschlag getroffen. Er war sogleich tot.

#### Sportliche Rundschau.

##### Kadtpost.

Der Preis vom Rhein wird am Montag, den 12. Juli (Vortag) in Ludwigshafen auf dem Rastplatz in einem 25 km. Rennen um Kadtpost kommen. Der Kadtpostverein Vandalische Ludwigshafen-Mundheim 1918 ist Veranstalter zu Gunsten des Reichsbundes für Kriegshilfsarbeit. Ein sehr interessanter Kampf zwischen den Pfälzern und Badenern ist zu erwarten, da der Kadtpostklub Schwabes Mannheim mit 16 Fahrern vertreten sein wird. Die Pfälzer haben unter ihren Fahrern bekannte Meisterfahrer, so daß das Rennen, das 16 Runden umfaßt, das interessanteste Ereignis auf dem Rastplatz 1920 in Ludwigshafen sein dürfte. Start der Kadtpost um 7 Uhr abends im Rheinpark. Kein Mannheimer Sportmann sollte dies sportliche Ereignis veräumen.

Europäische Rennfahrer in Amerika. Der auch in Deutschland bekannte Belgier S. Vandervorst liegt in New-York in einem Stundentempo hinter Rotoren mit 66,770 Km. vor dem Amerikaner Behl mit dem Schweizer Wagen.

##### Leichtathletik.

Der neue Weltrekord im 5000 Meter-Laufen. Durch einen Teil der weltberühmten Beste geht die Nachricht, daß am Sonntag bei dem Kadtpostspiel der Düsselthorfer Bedarfs in 5000 Meter-Laufen mit 15:50,2 einen neuen Weltrekord aufgestellt habe. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Der 5000 Meter-Weltrekord wird seit dem Jahre 1912 von dem berühmten Finnen Hannu Johannes Rohkemainen mit 14 Min. 36,5 Sek. gehalten. Bedarfs Zeit dürfte nach Erhebung der nötigen Formalitäten nur als neuer deutscher Höchstleistung gelten, die über 15:50,2 aufgestellt von Steiner-Rundberg im Jahre 1912, betragen hätte. Diese Zeit den Steiner, die bisher nicht erreicht war, hat trotz der Anerkennung durch die F. S. B. noch keine Aufnahme in die offizielle Rekordliste gefunden, da die Formalitäten der Anerkennung seiner Zeit lange hingen.

Die englischen Leichtathletikvereine, die stets einen Schwerpunkt im englischen Sport bilden und international einsetzungen werden, haben auch in diesem Jahre Amerikaner und Franzosen neben der besten englischen Klasse am Start. Die Erfolge der Franzosen waren in der starken Konkurrenz nur geringe, während die Amerikaner, die nur mit unvollständigen Leuten vertreten waren, wenigstens einige Siege zeitigen konnten. Die Leistungen waren zum Teil hervorragend. Die wichtigsten Ergebnisse waren: 100 Meter-Laufen: 1. Edwards (England) 21,6 Sek. — 200 Meter-Laufen: 1. Edwards (England) 52,6 Sek. — 400 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 1:55. — 800 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 4:12. — 1500 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 8:11. — 5000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 14:36. — 10000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 29:11. — 20000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 58:11. — 30000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 87:11. — 40000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 116:11. — 50000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 145:11. — 60000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 174:11. — 70000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 203:11. — 80000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 232:11. — 90000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 261:11. — 100000 Meter-Laufen: 1. Hudd (England) 290:11.

#### Wetternachrichtendienst

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Beobachtungen vom Freitag, den 9. Juli 1920, 8 Uhr morgens (MEZ.) Auf Grund land- und luftmeteorologischer Beobachtungen.

Ort	Windrichtung in NN	Temp. in C	Windstärke	Wetter	Witterungsbeobachtung des letzten 24 Stunden
Hamburg	17	700,9	WSW	schwach	halb bed.
Königsberg	—	—	—	—	—
Berlin	20	700,0	SW	schw.	halb bed.
Frankfurt a. M.	16	702,6	WSW	schw.	Rebel
München	14	703,7	SW	schw.	Regen
Köpenhagen	19	702,6	OSO	schw.	halb bed.
Stockholm	20	707,7	NO	schw.	heiter
Saparanda	19	708,1	S	schw.	molles
Bahä	—	—	—	—	—
Doris	13	702,9	SSW	schw.	Regen
Warschau	19	702,4	WNW	schwach	bedekt
Wien	15	702,8	NW	schwach	wolfig
Wilm	22	709,2	SW	schwach	wolfig

#### Beobachtungen badischer Wetterstellen (7<sup>30</sup> morgens)

Ort	Temp. in NN	Temp. in C	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Witterungsbeobachtung des letzten 24 Stunden
Mannheim	151	703,0	10	—	SW	schw. bed.
Königsfeld	127	702,7	13	21	W	schw.
Karlsruhe	215	701,1	16	26	17 SW	schw. wolk.
Baden-Baden	263	702,3	15	26	16 W	schw. bed.
Heidelberg	1281	688,1	9	19	9 W	schw. wolk.
St. Blasien	780	—	12	20	6	schw. bed.

#### Allgemeine Witterungsaussichten.

Unter der Einwirkung des nordwestlichen Auftriebs und der über dem Birnenland lagernden umfangreichen Druckstörungen kamen gestern wiederholt Regenfälle und Gewitter vor. Die Temperatur erreichte in der Rheinebene noch nahezu 26 und im Hoch-Schwarzwald 19 Grad. Heute früh ist das Wetter wolfig und etwas kühler. Vereinzelt fällt noch Regen. Die Druckstörungen entfernen sich nur langsam. Nur allmählich entfernen sich auch die nordwestlichen Tiefdruckgebiete, doch beginnt von Südwesten her hoher Druck vorzudringen.

Voraussichtliches Wetter bis Samstag, 10. Juli, nachts 12 Uhr. Noch wechselnd wolfig, doch meist aufziehend, nachts fast Regenfälle, dann milder Gewitterung.

# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Reichsbankausweis vom 30. Juni.

Berlin, 9. Juli. Der am 30. Juni abgeschlossene Ausweis der Reichsbank zeigt namentlich infolge großer Inanspruchnahme von Seiten des Reichs ein ungeheures Anschwellen der Anlagekonten. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 13.776,1 Mill. M auf den bisher nicht erreichten Stand von 51.957,7 Mill. M, die bankmäßige Deckung für sich allein genommen um 13.798,1 Mill. M auf 50.954,1 Mill. M. Der weitaus überwiegende Teil der Gegenwerte dieser angeforderten Kredite ist jedoch der Bank auf den Konten der fremden Gelder verblieben, sodaß deren Bestände sich um 11.834,2 Mill. M auf 23.414 Mill. M erhöhten.

Auch der Bedarf an Zahlungsmitteln war in der Berichtswoche ungemein stark und weitaus größer als je zuvor. Der Grund für diese ungünstige Gestaltung dürfte neben den an dieser Stelle schon öfters erörterten Ursachen auch darin zu suchen sein, daß die Steuergesetze viele Leute bewogen haben, sich erhebliche Geldbeträge über den Termin hinzulegen. Während an papiernen Zahlungsmitteln (Bausnoten und Darlehenskassenscheinen) in der letzten Juniwoche der Jahre 1919, 1918 und 1917 1.923,3 Mill. M, 823,8 Mill. M resp. 767,6 Mill. M in den Verkehr abströmt, betrug die diesmalige Ausdehnung des Umlaufs an diesen Geldzeichen 2.666,8 Mill. M. Im einzelnen nahm der Banknotenumlauf um 2.318,6 Mill. M auf 53.975,1 Mill. M zu und der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 348,2 Mill. M auf 13.633,3 Mill. M. Die Bestände an Reichskassenscheinen stiegen um einen kleinen Betrag, nämlich um 16,6 Mill. M auf 57,9 Mill. M. Die Vorräte an Gold und Scheidemünzen sind wie üblich fast unverändert geblieben.

Bei den Darlehenskassen wuchs die Summe der ausstehenden Darlehen erheblich, und zwar um 1.090,5 Millionen M auf 30.947,1 Mill. M. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehenskassenscheinen floß der Reichsbank zu, die ihrerseits, wie erwähnt, 2.666,8 Mill. M solcher Scheine dem Verkehr zuführte. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehenskassenscheinen nahmen um 742,4 Mill. M auf 17.193,7 Mill. M zu.

Bestand an kursfähigem deutschem Geld und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm fein zu 2784 Mark berechnet.

Vermögen (in 1000 Mark)		gegen die Vorwoche	
Metallbestand	1094984	+	190
darunter Gold	1091717	+	3
Reichs- und Darlehenskassen-Scheine	17251609	+	758960
Noten ander. Banken	2007	—	887
Wechsel, Schecks und disk. Schatzanw.	50954107	+	13798117
Lombarddarlehen	8073	—	4454
Wertpapierbestand	343479	—	17518
Sonstiges Vermögen	11700124	—	395150
<b>Verbindlichkeiten.</b>			
Grundkapital	180000	(unver.)	
Rücklagen	104258	(unver.)	
Notenumlauf	53975118	+	2318602
Einlagen	23413955	+	11834185
Sonst. Verbindlichkeit	3681052	—	13909

Bei den Abrechnungsstellen wurden im Monat Juni abgerechnet Mk. 57.270.781.000.

## Ausfuhr und Exporthandel.

Berlin, 9. Juli. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Aug. Müller eingehend mit den Fragen der deutschen Ausfuhr. Anlaß dazu gab ein Antrag Hecht und Kleinath, der in seinem ersten Teil das Verlangen ausdrückte, die Abschlußgrenze für diejenigen Geschäfte, die vom Ausschuß zur Prüfung der Exportabgaben von der Abgabe befreit werden können, vom 1. Januar 1920 auf den 1. April 1920 zu verlegen. Begründet wurde der Antrag mit der Verschiedenartigkeit der Behandlung der Exportabgabe durch die einzelnen Dienststellen und den besonderen Schwierigkeiten, die durch die Auslandsabschlüsse auf der Leipziger Messe entstanden seien.

Dagegen wurde geltend gemacht, daß jeder Fabrikant und Kaufmann gewußt habe, daß mit der Aufgabe gerechnet werden mußte. Ferner entstehen politische Nachteile durch eine nachträgliche Abänderung. Die Exportabgabe sei in der Form einer sozialen Abgabe gekleidet worden, aus deren Erträgen zu Lasten derjenigen Geschäftsleute, die aus der gesunkenen Valuta große Gewinne gezogen hätten. Zuzugan an die Empfänger sozialer Renten gewährt werden sollten, weil gerade diese Kreise durch die Preissteigerung infolge der Valutaverschiebung am meisten benachteiligt worden seien. Es handelte sich hier um eine Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Arbeitsgemeinschaft. Demgegenüber wurde von

einer Seite betont, daß sich hier einmal zeige, wie bedenklich grundsätzlich die Verquickung von wirtschaftspolitischen und steuerpolitischen Maßnahmen mit der Sozialpolitik, insbesondere aber die Reservierung von Steuern für soziale Spezialzwecke sei. Es wurde schließlich der Antrag auf Hinausschiebung des Befreiungstermines abgelehnt.

Der zweite Teil des Antrags Hecht-Kleinath sah bestimmte Richtlinien für die Prüfungstätigkeit der Kommission für die soziale Ausfuhrabgabe vor. Der Exportkommissionshandels sei von der Abgabe völlig zu befreien, die Abgabe dürfe auf keinen Fall höher sein, als der Ueberschuß des Auslandspreises gegen den Inlandspreis, auf alle Fälle müsse sich die Prüfung in erster Linie darauf erstrecken, ob Valutagewinne überhaupt noch bestehen. Wo das nicht der Fall ist, sei von der Erhebung einer Abgabe völlig abzusehen. Von allen Seiten wurde sofort betont, daß eine Sonderbehandlung des Export-Kommissionshandels durch die Gesetzgebung nicht möglich sei, vielmehr Sondervorteilbarungen zwischen Industrie und Handel vorbehalten bleiben müssen. Deshalb könne auch von einer festen Ausfuhrabgabe mit gleichbleibenden Sätzen, wie sie der Exporthandel verlange, keine Rede sein. Denn die Exportabgabe soll ihrem Wesen nach gar nicht eine Finanzabgabe, sondern ein Mittel zur Korrektur der Valutagewinne und der Exportpolitik überhaupt sein.

In der Diskussion wurde ferner betont, daß eine starke Ausfuhrkontrolle unerlässlich sei. Nach Vorbringung der Klagen über das heute bestehende System wünschte man eine Umgestaltung in der Weise, daß unter bestimmten Voraussetzungen die Ausfuhr den einzelnen Exporteuren freigegeben wird, diese dann aber zu verpflichten seien, die Faktoren zum Nachprüfen einzureichen. Es wurde hierzu betont, daß diese Methode zur Voraussetzung habe, daß die deutsche Industrie mehr als bisher in straffen Selbstverwaltungskörpern organisiert sei. Die Anträge Kleinath-Hecht wurden schließlich gegen nur wenige Stimmen abgelehnt.

## Börsenberichte.

### Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 9. Juli. (Draht.) Die Geschäftstätigkeit war heute wesentlich ruhiger als in den vorhergehenden Tagen, und die Kurse erfuhr auf verschiedene Gewinnrealisationen teilweise mehr oder weniger Abschwüchungen, die aber nur vorübergehend waren. In Montanwerten verkehrten Phönix-Bergbau, Oberbedarf und Mannesmann in behaupteter Tendenz. Die Aufwärtsbewegung der Daimler-Motoren kam zum Stillstand und die Kurse wurden infolge Angebot 13% niedriger, 266. Adlerwerke Kleyer gaben 35% nach, während Benzaktien zu 198 gesucht blieben. Unter den chemischen Aktien wurden Anglo-Continental Guano mit 246 minus 13% im Kurse gedrückt. Auch Elektron Griesheim verloren 7%. Badische Anilin sind mäßig befestigt. Auf erhöhter Basis zu lebhafteren Umsätzen kam es in Elektrischen Licht und Kraft, welche 4% anzogen. Siemens u. Halske 299, plus 5%. Hapag und Lloyd ohne Anregung, letztere 25% niedriger. Zellstoff Waldhof schwächten sich ebenfalls ab. In Petroleumwerten ließ die lebhaftere Bewegung merklich nach und es litten Deutsche Petroleum unter Schwankungen, 866 bis 862. Deutsche Erdöl 1340 bis 1360. Opiag fester, 5250. Schantunabahn konnten sich auf dem gestrigen erhöhten Stand behaupten, 675. Neu-Guinea 700, Otavi-Genuss 665. Die Börse schloß behauptet. Privatskont 4% und darunter.

### Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 9. Juli. (Draht.) Die scharfe Stellungnahme der alliierten Mächte in der Frage der Entwaffnung und Herabsetzung der Heeresstärke bewirkte an der Börse nahezu ein allgem. eines Nachgeben der Kurse, was besonders am Montan- und Kaliaktienmarkt nach den letzttägigen Steigerungen zu Rückgängen bis zu 12% bei einigen, und zwar bei den obersteichischen Werten führte. Bei chemischen und Elektro-Aktien hielten sich die Einbußen im Rahmen von 6% bis 7% zurück, doch waren für einige Werte auch ebensolche Erhöhungen festzustellen. Kolonialwerte waren behauptet. Das Hauptgeschäft spielte sich wieder in Deutschen Petroleumaktien ab, die ungefähr um 870 herum schwankten. Deutsche Erdöl mit 1550 und Steana Romana mit 990 waren weitaus ruhiger als bisher. Für Devisen waren anfangs nur höhere Geldkurse zu bemerken. Sie stellten sich gegen gestern später fast durchweg höher. Auf Rückwirkung hiervon nahmen Schantung ihre Steigerung bis 680 wieder auf. Rentenwerte lagen still und unverändert. Die grundsätzliche Annahme der Ententebedingungen durch die deutsche Regierung bewirkte schließlich eine leichte Kursrholung. Das Geschäft hielt sich aber weiter in engen Grenzen.

### Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 9. Juli. (Draht.) Nachdem gestern Nachmittag Hafer noch mit 128—129 M für den Zentner gehandelt worden war, gingen die Preise heute weiter in die Höhe, da

auch von anderer Seite höhere Gebote gemacht wurden. Das Geschäft ist jedoch bei den verschiedenen Nachrichten über Beschlagnahme usw. recht träge geworden. In Hülsenfrüchten ist der Anlauf zu lebhafterer Geschäftstätigkeit nicht von Bestand gewesen. Für gute Futterstoffe besteht in den einzelnen Artikeln Nachfrage. Amtliche Hafenernotierungen. Die Preise für Hafer stellten sich per Tonne in Markt-Logware frei ab Bahn —, spätere Lieferungen 2320 bis 2620. Tendenz fester.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Internationaler Lloyd, Versicherungs-A.-G., Berlin. Das Geschäftsjahr 1919 brachte eine beträchtliche Steigerung der Prämieinnahmen von 9,75 Mill. M auf 24,34 Mill. M. Auch Ausgaben für Rückversicherung, Schaden u. Unkosten stiegen entsprechend, das Gesamtergebnis ist befriedigend. Der Reingewinn beträgt 364.464 M, wovon u. a. 135 M Dividende pro Aktie (nom. 3000 M) verteilt werden.

A.-G. Körtings Elektrizitätswerk, Berlin. Die Verwaltung bringt für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 6% (wie i. V.) und 9% (o) Bonus in Vorschlag.

Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Bricketfabrikation. Die Gesellschaft hat zur Verstärkung ihrer Betriebsmittel eine Obligationenanleihe von 30 Mill. M begeben.

## Neueste Drahtberichte.

Rückgang und Schwankungen in der jüngsten Kohlenförderung.

Essen, 8. Juli. (Draht.) Zur Verkehrslage im Ruhrrevier wird berichtet: Die Kohlenförderung der Zechen im Ruhrrevier ging in der vorigen Woche vom 28. 6. bis 3. 7. noch weiter zurück. Die Beteiligung an den vertraglich zu fahrenden Ueberschichten nimmt ab. Eine Reihe von Belegschaften hat auf Grund des Beschlusses der Betriebsräte die Ueberschichten eingestellt. Als Hauptgrund hierfür wird die schlechte Brotversorgung bezeichnet.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die Förderung in den ersten Tagen des Monats stets geringer zu sein pflegt und daß einzelne Belegschaften Mitglieder zur Abstimmung beurlaubt haben. Die Abtransporte gingen daher unter diesen Umständen glatt von statten. Den Lagerbeständen wurden etwa 37 000 t entnommen, sodaß sie sich am 3. 7. nur noch auf etwa 395 000 t beliefen.

Die Wagengestellung betrug 19 100 Wagen gegen 20 750 in der Vorwoche. Der katholische Feiertag am 29. 6. ist hierbei, wie bei den folgenden Zahlen, nicht berücksichtigt. Noch größer war der Rückgang in den Brennstoffumschlägen der Duisburg-Ruhrorter Häfen. Es wurden werktäglich 26 360 t gegen 32 480 t erzielt. Der Umschlag in den Kanalrechenhäfen ging von 28 900 auf 26 000 t zurück. Der Wasserstand des Rheins ist immer noch gut. Leider haben aber infolge der beträchtlichen Transporte in den letzten Wochen die für den Oberrhein in Betracht kommenden Schlepplkräfte erheblich nachgelassen, sodaß auf der Ruhrorter Reede zahlreiche Kähne zum Abschleppen stromaufwärts warten. Kahnraum steht im Rheingebiet noch genügend, im Kanalgebiet sogar reichlich zur Verfügung.

### Der Gemeinschaftsrat von Gelsenkirchen-Luxemburg.

Düsseldorf, 9. Juli. (Draht.) Der sechzigjährige Arbeitsgemeinschaftsvertrag sieht keinen Tausch der Aktien vor. Dem zu bildenden Gemeinschaftsrat werden vom Vorstand und Aufsichtsrat von Gelsenkirchen die Herren Emil Kirdorf, Dr. Salomonson und Adolf Kirdorf angehören, von Deutsch-Luxemburg die Herren von Kiltzing, Wilhelm Marx und Hugo Stinnes. In beide Vorstände werden einige Vorstandsmitglieder kooptiert. Deutsch-Luxemburg hat sich bekanntlich für 1918/19 Bilanzansuchung erteilen lassen. Daher dürften im Herbst die Bilanzen von zwei Jahren gleichzeitig vorgelegt werden, und es scheint, als ob für das erste dieser beiden Jahre 10% wie 1917/18, für das letzte, soden abgeschlossene Jahr 11% vorgeschlagen würden. Der letzte Satz hält sich also bereits in der gleichen Höhe der Gelsenkirchener Dividende. In Finanzkreisen hat man den Eindruck, als ob ähnliche Dividendensätze auch in Zukunft festgesetzt werden sollen. Bei beiden Gesellschaften fehlt noch immer die Vorlage der Einzelheiten der westlichen Abstoßungs- und Valuta-Transaktion. Unter der Firma „Rhein-Elbe-Union“ wird die neue Spitzengesellschaft, welche die Zentralleitung übernehmen soll, eingetragen werden. Der Sitz soll voraussichtlich Düsseldorf sein.

Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldmann; für Redaktionen: H. Wobers; für Notizen und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schönfelder; für Kunst: Dr. H. Wob; für Wagnern: Karl Hügel; Druck und Verlag: Dr. Josef, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E. 6. 2.

## Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.	
1) Inländische	8. 9.
2) Reichsbank	95
3) Deutsche Reichsbank	95
4) Reichsbank	95
5) Reichsbank	95
6) Reichsbank	95
7) Reichsbank	95
8) Reichsbank	95
9) Reichsbank	95
10) Reichsbank	95
11) Reichsbank	95
12) Reichsbank	95
13) Reichsbank	95
14) Reichsbank	95
15) Reichsbank	95
16) Reichsbank	95
17) Reichsbank	95
18) Reichsbank	95
19) Reichsbank	95
20) Reichsbank	95
21) Reichsbank	95
22) Reichsbank	95
23) Reichsbank	95
24) Reichsbank	95
25) Reichsbank	95
26) Reichsbank	95
27) Reichsbank	95
28) Reichsbank	95
29) Reichsbank	95
30) Reichsbank	95
31) Reichsbank	95
32) Reichsbank	95
33) Reichsbank	95
34) Reichsbank	95
35) Reichsbank	95
36) Reichsbank	95
37) Reichsbank	95
38) Reichsbank	95
39) Reichsbank	95
40) Reichsbank	95
41) Reichsbank	95
42) Reichsbank	95
43) Reichsbank	95
44) Reichsbank	95
45) Reichsbank	95
46) Reichsbank	95
47) Reichsbank	95
48) Reichsbank	95
49) Reichsbank	95
50) Reichsbank	95
51) Reichsbank	95
52) Reichsbank	95
53) Reichsbank	95
54) Reichsbank	95
55) Reichsbank	95
56) Reichsbank	95
57) Reichsbank	95
58) Reichsbank	95
59) Reichsbank	95
60) Reichsbank	95
61) Reichsbank	95
62) Reichsbank	95
63) Reichsbank	95
64) Reichsbank	95
65) Reichsbank	95
66) Reichsbank	95
67) Reichsbank	95
68) Reichsbank	95
69) Reichsbank	95
70) Reichsbank	95
71) Reichsbank	95
72) Reichsbank	95
73) Reichsbank	95
74) Reichsbank	95
75) Reichsbank	95
76) Reichsbank	95
77) Reichsbank	95
78) Reichsbank	95
79) Reichsbank	95
80) Reichsbank	95
81) Reichsbank	95
82) Reichsbank	95
83) Reichsbank	95
84) Reichsbank	95
85) Reichsbank	95
86) Reichsbank	95
87) Reichsbank	95
88) Reichsbank	95
89) Reichsbank	95
90) Reichsbank	95
91) Reichsbank	95
92) Reichsbank	95
93) Reichsbank	95
94) Reichsbank	95
95) Reichsbank	95
96) Reichsbank	95
97) Reichsbank	95
98) Reichsbank	95
99) Reichsbank	95
100) Reichsbank	95

## Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte.	
1) Inländische	8. 9.
2) Reichsbank	95
3) Reichsbank	95
4) Reichsbank	95
5) Reichsbank	95
6) Reichsbank	95
7) Reichsbank	95
8) Reichsbank	95
9) Reichsbank	95
10) Reichsbank	95
11) Reichsbank	95
12) Reichsbank	95
13) Reichsbank	95
14) Reichsbank	95
15) Reichsbank	95
16) Reichsbank	95
17) Reichsbank	95
18) Reichsbank	95
19) Reichsbank	95
20) Reichsbank	95
21) Reichsbank	95
22) Reichsbank	95
23) Reichsbank	95
24) Reichsbank	95
25) Reichsbank	95
26) Reichsbank	95
27) Reichsbank	95
28) Reichsbank	95
29) Reichsbank	95
30) Reichsbank	95
31) Reichsbank	95
32) Reichsbank	95
33) Reichsbank	95
34) Reichsbank	95
35) Reichsbank	95
36) Reichsbank	95
37) Reichsbank	95
38) Reichsbank	95
39) Reichsbank	95
40) Reichsbank	95
41) Reichsbank	95
42) Reichsbank	95
43) Reichsbank	95
44) Reichsbank	95
45) Reichsbank	95
46) Reichsbank	95
47) Reichsbank	95
48) Reichsbank	95
49) Reichsbank	95
50) Reichsbank	95
51) Reichsbank	95
52) Reichsbank	95
53) Reichsbank	95
54) Reichsbank	95
55) Reichsbank	95
56) Reichsbank	95
57) Reichsbank	95
58) Reichsbank	95
59) Reichsbank	95
60) Reichsbank	95
61) Reichsbank	95
62) Reichsbank	95
63) Reichsbank	95
64) Reichsbank	95
65) Reichsbank	95
66) Reichsbank	95
67) Reichsbank	95
68) Reichsbank	95
69) Reichsbank	95
70) Reichsbank	95
71) Reichsbank	95
72) Reichsbank	95
73) Reichsbank	95
74) Reichsbank	95
75) Reichsbank	95
76) Reichsbank	95
77) Reichsbank	95
78) Reichsbank	95
79) Reichsbank	95
80) Reichsbank	95
81) Reichsbank	95
82) Reichsbank	95
83) Reichsbank	95
84) Reichsbank	95
85) Reichsbank	95
86) Reichsbank	95
87) Reichsbank	95
88) Reichsbank	95
89) Reichsbank	95
90) Reichsbank	95
91) Reichsbank	95
92) Reichsbank	95
93) Reichsbank	95
94) Reichsbank	95
95) Reichsbank	95
96) Reichsbank	95
97) Reichsbank	95
98) Reichsbank	95
99) Reichsbank	95
100) Reichsbank	95

## Dividenden-Werte.

Festverzinsliche Werte.	
1) Inländische	8. 9.
2) Reichsbank	95
3) Reichsbank	95
4) Reichsbank	95
5) Reichsbank	95
6) Reichsbank	95
7) Reichsbank	95
8) Reichsbank	95
9) Reichsbank	95
10) Reichsbank	95
11) Reichsbank	95
12) Reichsbank	95
13) Reichsbank	95
14) Reichsbank	95
15) Reichsbank	95
16) Reichsbank	95
17) Reichsbank	95
18) Reichsbank	95
19) Reichsbank	95
20) Reichsbank	95
21) Reichsbank	95
22) Reichsbank	95
23) Reichsbank	95
24) Reichsbank	95
25) Reichsbank	95
26) Reichsbank	95
27) Reichsbank	95
28) Reichsbank	95
29) Reichsbank	95
30) Reichsbank	95
31) Reichsbank	95
32) Reichsbank	95
33) Reichsbank	95
34) Reichsbank	95
35) Reichsbank	95
36) Reichsbank	95
37) Reichsbank	95
38) Reichsbank	95
39) Reichsbank	95
40) Reichsbank	95
41) Reichsbank	95
4	



